

Grüne fordern Taskforce zum Schutz der Demokratie nach AfD-Erfolgen

Die Grünen fordern eine Taskforce zum Schutz der Demokratie nach AfD-Erfolgen in Sachsen und Thüringen, geleitet vom Kanzler.

Die politischen Winde in Deutschland wehen rauer, insbesondere nach den neusten Wahlergebnissen in Sachsen und Thüringen, wo die AfD stark abgeschnitten hat. In Reaktion auf diesen Wandel haben die Grünen Vorschläge zur Stärkung der Demokratie ins Spiel gebracht. Ein zentraler Aspekt ihrer Forderungen ist die Bildung einer speziellen Taskforce, die sich dem Schutz der demokratischen Strukturen widmet.

Auf einer Klausurtagung in Berlin erklärte Katharina Dröge, die Fraktionschefin der Grünen, dass die Aufstellung dieser Bund-Länder-Taskforce dringend erforderlich sei. Sie betonte, dass es jetzt an der Zeit sei, dass der Kanzler dieses Thema als zentrale Aufgabe behandelt. Die Dringlichkeit ihrer Aussagen wurde durch den Hinweis auf sogenannte „manipulative Einflussnahme“ untermauert, welche die demokratischen Prozesse in Deutschland gefährdet.

Der Kampf gegen Desinformation

Die Forderungen der Grünen zielen nicht nur auf die Bekämpfung von Desinformation ab, sondern beziehen sich auch auf eine umfassende Analyse, die sich aus den Wahlergebnissen ergibt. Dröge wies darauf hin, dass die AfD in Thüringen „erstmals“ zur stärksten Kraft geworden ist, was als besorgniserregendes Signal interpretiert wird. Die Ko-

Fraktionschefin Britta Haßelmann fügte hinzu, dass alle Ministerien und Bundesländer in die Aktivitäten dieser Taskforce eingebunden werden sollten, um wirksame Maßnahmen zum Schutz der Demokratie zu entwickeln.

Ein weiterer wichtiger Punkt, der während der Klausurtagung besprochen wurde, war die Bedeutung einer differenzierten Sicherheits- und Migrationspolitik. Vizekanzler Robert Habeck thematisierte dies auch im Kontext des Messer-Attentats in Solingen und stellte fest, dass pragmatische Antworten auf konkrete Probleme nun mehr denn je gefragt sind.

Zusätzlich machten die Führungspersönlichkeiten der Grünen deutlich, dass es unerlässlich ist, zwischen Geflüchteten und extremistischen Gruppen zu differenzieren. Außenministerin Annalena Baerbock forderte eine Abkehr von hysterischen Reaktionen und betonte die Notwendigkeit eines solidarischen Miteinanders unter den demokratischen Kräften. Dies sei der Schlüssel, um einen nachhaltigen Weg im Kampf gegen Terrorismus zu finden.

Investitionen in Sicherheitsbehörden

Die Sicherheit der Bürger steht bei den Grünen ganz oben auf der Agenda. Haßelmann forderte erhebliche Investitionen in die Sicherheitsbehörden, damit diese mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, um die öffentliche Sicherheit zu garantieren. Ihrer Meinung nach sei es entscheidend, dass sich die Menschen in Deutschland jederzeit sicher fühlen können. Auch die europäische Flüchtlingspolitik spielte eine Rolle in den Diskussionen, wobei Haßelmann für einen Ansatz plädierte, der Menschlichkeit, Ordnung und Rechtsstaatlichkeit vereint.

Die Gespräche zwischen der Bundesregierung und verschiedenen politischen Akteuren, einschließlich der CDU/CSU, zur Migrationspolitik sollen als ein Schritt in Richtung Lösungssuche angesehen werden. Haßelmann versicherte, dass

alle Vorschläge, die im Einklang mit dem Grundgesetz und dem europäischen Recht stehen, offen geprüft würden.

Abschließend wurde in den Beratungen nagende Herausforderungen im Bereich Energie- und Klimaschutz angesprochen, wobei Dröge betonte, dass Klimaschutz nach wie vor das wichtigste Thema der Grünen bleibe. Die Klausurtagung der Grünen wird am Donnerstag fortgesetzt, um die besprochenen Themen weiter zu vertiefen und neue Ansätze zu entwickeln.

AFP/jml

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de